

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

18. WP

Finanzausschuss
(135. Sitzung)

Wirtschaftsausschuss
(79. Sitzung)

Innen- und Rechtsausschuss
(143. Sitzung)

Sozialausschuss
(77. Sitzung)

Europaausschuss
(60. Sitzung)

Bildungsausschuss
(84. Sitzung)

am Mittwoch, dem 5. Oktober 2016, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Katrin Fedrowitz (SPD)	i. V. v. Birgit Herdejürgen
Lars Winter (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses

Christopher Vogt (FDP)	Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)	
Hartmut Hamerich (CDU)	
Katrin Fedrowitz (SPD)	
Tobias von Pein (SPD)	
Kai-Oliver Vogel (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Detlef Matthiessen
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Uli König (PIRATEN)	
Flemming Meyer (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Barbara Ostmeier (CDU)

Vorsitzende

Dr. Axel Bernstein (CDU)

Petra Nicolaisen (CDU)

Dr. Kai Dolgner (SPD)

Simone Lange (SPD)

Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Ines Strehlau

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Hans Hinrich Neve (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Dr. Marret Bohn

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Europaausschusses

Peter Lehnert (CDU)	Vorsitzender
Astrid Damerow (CDU)	
Birte Pauls (SPD)	
Regina Poersch (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Bernd Voß
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	
Angelika Beer (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	i. V. v. Jette Waldinger-Thiering

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzende
Tobias Koch (CDU)	i. V. v. Heike Franzen
Peter Sönnichsen (CDU)	
Regina Poersch (SPD)	i. V. v. Martin Habersaat
Simone Lange (SPD)	i. V. v. Beate Raudies
Dr. Andres Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Ines Strehlau
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	i. V. v. Anita Klahn
Uli König (PIRATEN)	i. V. v. Sven Krumbeck
Lars Harms (SSW)	i. V. v. Jette Waldinger-Thiering

Fehlende Abgeordnete

Volker Dornquast (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Peter Eichstädt (SPD)

Serpil Midyatli (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4355	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4356	
• Einzelplan 06, Kapitel 12 06 und 16 06 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie Umdrucke 18/6587, 18/6592, 18/6596 • Einzelplan 04, Kapitel 12 04 und 16 04 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten Umdrucke 18/6585, 18/6592, 18/6596 • Einzelplan 15 Landesverfassungsgericht Umdruck 18/6595 • Einzelplan 09, Kapitel 12 09 und 16 09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa Umdrucke 18/6589, 18/6592, 18/6596	
2. Aufbau und Betrieb eines Digitalen Archivs Schleswig-Holstein	25
Vorlage des Kulturministeriums Umdruck 18/6552	
3. Verschiedenes	26

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/4355](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/4356](#)

(überwiesen am 21. September 2017)

Einzelplan 06 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

[Umdrucke 18/6587](#), [18/6592](#), [18/6596](#)

Herr Dr. Nägele, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, stellt die Schwerpunkte des Einzelplans 06 (siehe Anhang 1 zu dieser Niederschrift) vor.

Allgemeine Aussprache

Von Abg. Koch auf die Änderungen durch die Nachschiebeliste angesprochen, legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass sich das Kabinett mit dieser noch nicht beschäftigt habe. Eine Information des Landtages werde nach einer Kabinettsbefassung stattfinden.

Abg. Koch unterstreicht, dass die Fragestunde aus seiner Sicht dazu dienen solle, dass die Fraktionen einen Eindruck erhielten, in welche Richtung Überlegungen bestünden, was dort Tätigkeitsfelder sein könnten.

Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass die Vorschläge des Wirtschaftsministeriums ans Finanzministerium vielfältig seien, ein zukünftiger Schwerpunkt werde durch die steigenden Regionalisierungsmittel erzeugt, die bundesgesetzlich festgelegt seien.

Auf eine Frage des Abg. Callsen zur Höhe der vom Bund angekündigten Regionalisierungsmittel führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass die GRW-Mittel vom Bund 3,5 Millionen € betragen. Insgesamt gebe es eine Steigerung von 7,8 Millionen €. Die Regionalisierungsmittel beliefen sich auf circa 25 Millionen € zusätzlich. Diese bänden jedoch keine Landesmittel.

Abg. Callsen interessiert sich für die Verteilung der 25 Millionen € Regionalisierungsmittel, zu denen er zur Kenntnis nehme, dass die Landesregierung diese nicht mit eigenen Mitteln unterstütze. - Staatssekretär Dr. Nägele legt dar, dass die Entscheidung darüber den Kabinettsberatungen vorbehalten sei.

Abg. Dr. Garg unterstreicht, dass er sich mit Verweis auf die Kabinettsberatungen deshalb nicht zufriedengebe, da Finanzausschuss und Wirtschaftsausschuss nach Abschluss der Haushaltsberatungen keine Möglichkeit mehr hätten, detailliert nachzufragen. Er verweist darauf, dass die Opposition zum Haushaltsentwurf darauf hingewiesen habe, dass die Investitionstätigkeit zu gering ausfalle. Das Wirtschaftsministerium sei prädestiniert, Investitionen vorzunehmen. Ihn interessiert, ob der Staatssekretär konkrete Wünsche an die Koalition oder Opposition habe, an welchen Stellen im Haushalt nachgebessert werden müsse, wenn es die Möglichkeit dazu gebe. Eine Auskunft darüber halte er für wichtig, um Hinweise darauf zu erhalten, wo die Landesregierung Möglichkeiten sehe, durch Investitionen die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins dauerhaft zu stärken.

Staatssekretär Dr. Nägele legt dar, dass die Landesregierung Steuerungsbedarf, aber keinen akuten Nachsteuerungsbedarf in Bezug auf den Haushalt sehe. Der Steuerungsbedarf werde dadurch deutlich, dass man 10 Millionen € innerhalb des Einzelplans in den Bereich Verkehr umgeschichtet habe. Das sei in dem vorliegenden Entwurf bereits enthalten. Damit gelinge es erstmals, die für den Erhalt des Straßennetzes durchschnittlich notwendigen Mittel im Haushalt ohne Sondervermögen bereitzustellen.

Abg. Callsen hebt hervor, dass für einen Wirtschaftsstandort neben der wichtigen Rolle der Infrastruktur auch Innovation und Technologie eine entscheidende Rolle spielten. Die im Haushaltsplan ausgewiesene Summe an Investitionen für diesen Bereich sei so niedrig, dass diese nicht für die Erhaltung der technologischen Leistungsfähigkeit ausreiche. Er fragt, ob es Bestrebungen gebe, die Anstrengungen im Bereich Innovation und Technologie noch einmal zu erhöhen.

Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass ein großer Teil der EFRE-Mittel, die in der Maßnahmengruppe Wirtschaft etatisiert seien, explizit für Innovationen sowie Forschung und Entwicklung vorgesehen seien. Für den EFRE habe man eine regionale Entwicklungsstrategie

aufgestellt, bei der der Schwerpunkt auf Innovation, Forschung und Entwicklung liege. Er bietet dem Ausschuss an, ihm die Planungen für die Mittelverwendung im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung zur Verfügung zu stellen.

Abg. Callsen merkt an, dass Staatssekretär Dr. Nägele in seinem Eingangsstatement ausgeführt habe, dass 3 % der Gesamtausgaben des Haushalts für Technologie und Innovation ausgegeben würden. - Staatssekretär Dr. Nägele legt in seiner Antwort dar, dass er über das Kapitel 06 13 gesprochen habe, in dem die EFRE-Mittel nicht veranschlagt seien. Diese seien im Kapitel 06 12 veranschlagt.

Auf eine Nachfrage des Abg. Vogt zu Investitionen in Straßenbau, den Erhalt der Straßen und die Sanierung legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass im Kernhaushalt 30 Millionen € für den Erhalt veranschlagt seien und 60 Millionen € für die nachholende Sanierung. Diese Zahlen gälten für einen Zeitraum von zehn Jahren. In IMPULS sei niedergelegt, die nachholende Sanierung auf 15 Jahre strecken. Im Einzelnen würden 30 Millionen € benötigt, um den Erhalt zu sichern, über Sondervermögen oder alternative Instrumente müssten Mittel für die nachholende Sanierung bereitgestellt werden, was die Koalition getan habe. Es gebe insofern keine Lücke. Der Bedarf von 90 Millionen € entstamme dem Straßenzustandsbericht der Landesregierung. Der Zeitraum, der für die Sanierung angedacht sei, betrage 15 statt zehn Jahren, was auch mit der Aufnahmefähigkeit des Marktes für Straßenbauleistungen zusammenhänge. Auch Herr Conrad, der Leiter des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr, habe verschiedentlich ausgeführt, dass der Markt für Straßenbau- und Planungsleistungen nur begrenzt aufnahmefähig sei. Er verweist auf die diesbezügliche Debatte im Ausschuss.

Auf eine weitere Frage des Abg. Vogt zur Abwesenheit des Ministers während der Haushaltsberatungen legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass diese, für die er um Entschuldigung bitte, mit längerfristigen Terminverpflichtungen zusammenhinge.

Von Abg. Koch auf die Äußerung der Finanzministerin angesprochen, dass sich die Straßenbauinvestitionen verdreifachen würden, und an welcher Stelle dies im Haushalt zu finden sei, legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass man derzeit über die Maßnahmengruppe 04 und den Titel 894 01 spreche. Das sei der pauschale Zuschuss des Landes an den Landesbetrieb für alle Investitionen, die dort getätigt würden. Das spiegele nicht das Engagement des Landes zur Finanzierung der Landesstraßen wider. Dem Wirtschaftsplan könne man entnehmen, dass im Jahr 2012 runde 12 Millionen € für den Kernbereich der Landesstraßen zur Verfügung gestanden hätten und für 2017 über 40 Millionen € bereitgestellt würden.

Abg. Koch verweist darauf, dass laut Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 die Bauleistungen im Bereich der Landesstraßen 29 Millionen € umfasst hätten. Die von Staatssekretär Dr. Nägele genannten Zahlen von zwölf beziehungsweise 40 Millionen € könne er nicht nachvollziehen, da im jetzigen Wirtschaftsplanentwurf etwas mehr als 34 Millionen € zu finden seien. - Staatssekretär Dr. Nägele bietet an, die Fragen schriftlich zu beantworten ([Umdruck 18/6744](#)).

Abg. Koch fragt nach, wo die von Staatssekretär Dr. Nägele genannten 40 Millionen € für das Jahr 2017 zu finden seien.

Staatssekretär Dr. Nägele führt aus, dass auf Seite 92 die Maßnahmen des Landesverkehrswegeplans dargestellt seien. Für die Erhaltung seien dort 22,4 Millionen € vorgesehen. Hinzu kämen die Maßnahmen im Rahmen des IMPULS-Programms in Höhe von 11,3 Millionen €. Nicht etatisiert seien die Mittel in Höhe von 6,5 Millionen €, die im Sondervermögen verfügbar seien. Eine Addition ergebe diese von ihm genannte Summe.

Auf eine Nachfrage des Abg. Koch zur Differenz zwischen 29 Millionen € im Jahr 2012 und 40 Millionen € im Jahr 2017 bietet Staatssekretär Dr. Nägele erneut an, eine schriftliche Antwort nachzureichen ([Umdruck 18/6744](#)).

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, legt dar, dass ihrer Ansicht nach in den 34 Millionen €, die auf Seite 92 des Haushaltsentwurfs ausgewiesen seien, bereits die IMPULS-Mittel in Höhe von 11 Millionen € enthalten seien. Es komme lediglich das Sondervermögen hinzu, von dem man noch nicht wisse, wie hoch es ausfallen werde.

Abg. Harms stellt fest, dass die Investitionen im Straßenbaubereich sehr stark gestiegen seien. Er zeigt sich mit den Steigerungsraten sehr zufrieden.

Von Abg. Harms auf die Planerinnen und Planer angesprochen, legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass es dabei konkret um die Planerinnen und Planer einerseits und andererseits um die Planfeststellerinnen und Planfeststeller gehe. Die Planfeststellung finde in einer Behörde statt, die früher die Bereiche Straße und Energie gemeinsam bearbeitet habe. Diese Behörde habe man geteilt, was eine sinnvolle Entscheidung gewesen sei. In der Folge seien acht Planfeststellungsstellen für den Verkehr übrig geblieben, diese Zahl habe man auf über 20 aufstocken können. In diesem Bereich sei man handlungsfähig. Im Bereich der Planung seien circa 100 Personen im Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr beschäftigt, 15 Stellen seien derzeit in der Ausschreibung oder man befinde sich in Auswahlverfahren. Die Zahl der offenen Stellen übersteige jedoch die Anzahl der infrage kommenden Bewerberinnen und Bewerber. In

diesem Bereich suche man nach neuen Wegen, um Personal für den LBV gewinnen zu können.

Abg. Harms stellt fest, dass er die Erhöhung der Stellenzahl begrüße, diese jedoch nicht die Investitionsquote erhöhe. Er unterstreicht, dass es auf Inhalte ankomme und nicht auf Quoten.

Abg. Vogt legt dar, dass vor Regierungswechsel die Zahl der Planer angestiegen sei. In der Beantwortung der von Staatssekretär Dr. Nägele angesprochenen Kleinen Anfrage habe die Landesregierung auch die Werkverträge mit eingerechnet. In Zeiten der jetzigen Landesregierung sei die Zahl der Planer von Jahr zu Jahr gesunken. Da die Investitionen anstiegen, die Zahl der Planer aber abnehme, führe das zu Problemen. Er empfinde es auch als unbefriedigend, wenn der Staatssekretär darlege, dass er im fünften Jahr seiner Amtszeit nach neuen Wegen zur Lösung des Problems suche. Es habe bereits Gespräche mit ver.di zu der Frage der Bezahlung gegeben, zumal andere Institutionen bedeutend besser bezahlten als das Land Schleswig-Holstein und dessen Behörden. Ihn interessiert, ob eine Möglichkeit darin bestehen könne, die Zahl der Absolventen an der Fachhochschule zu erhöhen, indem man dort die Plätze erhöhe beziehungsweise an der Kieler Fachhochschule wieder Bauingenieure ausbilde. Ansonsten sehe er die Gefahr, dass Bundesmittel wiederholt nicht genutzt werden könnten, weil die Planungskapazität fehle.

Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung beim LBV bewerben würden, es gebe also einen Personaltransfer von einer Bundes- zu einer Landesbehörde, obwohl das Tarifgefüge nachteilig für die Wechsler sei. Ein Wechsel der Systeme könne nur durch eine Änderung des Tarifvertrags unterbunden werden. Für das Land gälten der Tarifvertrag der Länder und die dort fixierten Rahmenbedingungen. Man habe sich bemüht, Beispiele für die Behauptung zu finden, dass Menschen aus Schleswig-Holstein an Hamburger Behörden gewechselt seien, dies sei aber nicht gelungen, sodass er davon ausgehe, dass dies nicht vorkomme. Etwaige Wechsel ließen sich vielmehr auf die jeweilige private Situation zurückführen, zumal Hamburg im gleichen Tarifsysteem sei. Auch die Einstufungen der Beschäftigten seien nicht schlechter als in anderen Orten.

Zu der Anregung, mehr Studienplätze in den einschlägigen Fachbereichen zu schaffen, legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass die Fachhochschule Lübeck 80 bis 120 Studienplätze pro Jahr im Bereich Bauingenieurwesen anbiete. Man habe mehrfach versucht, Absolventinnen und Absolventen zu binden, allerdings bestünden in der freien Wirtschaft andere Möglichkeiten der Verbindung vor Studienabschluss. Die Erkenntnis sei, dass man jenseits der guten Ausbildung im Land Wege suchen müsse, die Menschen möglichst direkt nach der Schule an

das Land zu binden. Dazu werde man in Kürze Vorschläge machen. Er unterstreicht, dass eine Legislaturperiode aufgrund der verhältnismäßig langen Ausbildungszeit nicht ausreiche, um das zu kompensieren, was in den vergangenen Jahren an Anwerbung nicht stattgefunden habe. Dafür benötige man zwei Legislaturperioden. Die Zahl der Planerinnen und Planer sei beim LBV auch deshalb niedriger, weil aufgrund einer Entscheidung des Landtages die A 7 als ÖPP-Projekt vergeben werde und die Planerinnen und Planer direkt über Bundesmittel beim Auftragnehmer bezahlt würden. In diesem Projekt würden weit über 50 Millionen € pro Jahr bewegt, darin seien circa 10 Millionen € Planungs- und Baubegleitungskosten enthalten. In diesem Bereich seien also circa 20 Planerinnen und Planer tätig. Die Bauarbeiten an der Rader Hochbrücke seien nach intensiven Beratungen an die DEGES übergeben worden. Auch dort seien Planungsstellen, auf denen planerische Arbeit in Schleswig-Holstein geleistet werde. Würden diese Stellen alle mitgerechnet, seien für den Bereich Planung in Schleswig-Holstein eindeutig Aufwüchse zu verzeichnen. In Zukunft werde man die zur Verfügung stehenden Straßenbaumittel mit kleinen Abweichungen binden können.

Auf die Mittel für den Bau von Landesstraßen zurückkommend, stellt Abg. Koch die Frage, wie sich der Unterschied zwischen den im Haushalt veranschlagten 30 Millionen € und den im Landeszustandsbericht dargelegten erforderlichen Mitteln von 36 Millionen € erkläre. Ihn interessiert vor dem Hintergrund der Bemerkung der Präsidentin des Landesrechnungshofs die Aussage des Staatssekretärs, dass 30 beziehungsweise 36 Millionen € zum Erhalt der Landesstraßen aufgewendet würden.

Staatssekretär Dr. Nägele legt dar, dass die 36 Millionen € in dem Landesstraßenzustandsbericht genannt worden seien. Dies sei die Summe, die ohne nachholende Sanierung notwendig sei, um den derzeitigen Zustand der Straßen zu halten. 30 plus 60 Millionen € seien der Betrag, der für einen Zehnjahreszeitraum notwendig sei, um einerseits den Erhalt und andererseits die nachholende Sanierung zu finanzieren. Die unterschiedlichen Zahlen führten dazu, dass Nachfragen aufkämen. Die 22 Millionen € seien reine Investitionsmittel; es sei davon auszugehen, dass zwischen 15 und 20 % für Planungs- und Ingenieurleistungen zusätzlich benötigt würden. Beim Erhalt liege der Anteil der Planungs- und Baubegleitungskosten in der Tat bei 20 %. Im Bereich Unterhaltung und Instandsetzung versteckten sich weitere kleinere Maßnahmen, die insgesamt zur Summe von 30 Millionen € führten. - Abg. Koch bittet darum, diese Angaben auch bei der schriftlichen Darstellung für das Jahr 2012 ebenso zu berücksichtigen.

Zu den Personalproblemen im LBV interessiert Abg. König, ob eine höhere Eingruppierung des Personals möglich sei. - Staatssekretär Dr. Nägele unterstreicht, dass die Bezahlung im öffentlichen Dienst immer vergleichbar sein müsse. Alle Veränderungen, die bei denjenigen

gemacht würden, die eingestellt würden, müssten sich auch auf die anderen Beschäftigten auswirken: Bei einer höheren Einstufung um eine Entgeltgruppe müssten entsprechend auch die anderen Mitarbeiter höher eingruppiert werden. Darüber hinaus sei in den Tarifverträgen explizit geregelt, wer mit welchen Aufgaben und welcher Verantwortung welche Bezahlung erhalte. Eine Änderung des Tarifvertrags, um an dieser Stelle Änderungen hervorzurufen, habe unmittelbar Auswirkungen auf andere Landesbetriebe und andere Beschäftigungsbereiche. Das System des öffentlichen Dienstes werde für die Mitarbeiter dadurch attraktiv, dass es eine Unkündbarkeit im öffentlichen Dienst gebe. Er weist darauf hin, dass auch die freien Büros kaum mehr Planungskapazität hätten, weil auch dort ein Fachkräfteproblem existiere.

Auf eine Nachfrage des Abg. König unterstreicht Staatssekretär Dr. Nägele, dass der öffentliche Dienst über keine Möglichkeit verfüge, im Vorfeld eines zu erwartenden Studienabschlusses eine Einstellung vorzunehmen. Im privaten Sektor sei dies möglich. Die Vergleichbarkeit und Transparenz des bisherigen Systems sei ein Vorteil dieses Systems.

Von Abg. König auf die Flexibilisierung des Tarifvertrags angesprochen, unterstreicht Staatssekretär Dr. Nägele, dass es nicht Aufgabe des Wirtschaftsministeriums sei, mit den Tarifpartnern zu handeln. Eine Einstellung von Studenten als ungelernte Kräfte erfordere, dass diese auch die entsprechenden Tätigkeiten und keine höherwertigen Tätigkeiten ausübten.

Auf eine weitere Nachfrage des Abg. König legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass er sich mit den anderen Staatssekretären intensiv über die Attraktivität der Tätigkeit im öffentlichen Dienst unterhalte.

Abg. Koch regt vor dem Hintergrund der in der politischen Diskussion bewegten Zahlen, die sich so nicht im Haushalt finden ließen, an, zu einer transparenteren Darstellung im Haushaltsentwurf zu kommen. - Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Abteilung Haushalt und Beteiligungen im Finanzministerium, sagt zu, die Anregung aufzunehmen.

Abg. Dr. Garg fragt, ob es schon einmal die Idee gegeben habe, an den Ausbildungsstätten für eine Beschäftigung im Landesdienst zu werben.

Staatssekretär Dr. Nägele bietet an, noch einmal schriftlich darzustellen, auf welchen Messen und Veranstaltungen bereits heute der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr mit einem eigenen Werbeteam auftrete, um Interessenten zu werben ([Umdruck 18/6744](#)). Es fehlten zudem nicht nur Planerinnen und Planer, sondern auch Personal, das für den Unterhalt zuständig sei.

Kapitel 06 16 - Arbeit und Qualifizierung

Zu Kapitel 06 16 - Arbeit und Qualifizierung - interessiert Abg. Vogt zu Titel 686 02 und Seite 51 im Fragenkatalog - An sonstige für Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration - im Zusammenhang mit dem BÜFAA-Programm, das immer noch nicht richtig angelaufen sei, ob es Bestrebungen gebe, das Anforderungsprofil zu überarbeiten. Er habe die Rückmeldung bekommen, dass man sich mit dem Bundesministerium für Arbeit immer wieder ins Gehege komme und die Anforderungen so hoch seien, dass man zu wenig Flüchtlinge finde, um sie überhaupt in das Programm aufzunehmen.

Staatssekretär Dr. Nägele weist darauf hin, dass man auch im Jahr 2016 Mittel bereitgestellt habe, nur seien die aus haushaltssystematischen Gründen in einem anderen Titel bereitgestellt worden. Das finde sich auf Seite 65 des Haushaltsplans, wo die Mittel in Titel 686 12 etatiert seien. In dem Haushalt des kommenden Jahres sei ein eigenständiger Bereich vorgesehen. Das erkläre die Tatsache, dass man für das Jahr 2016 noch eine Null dort stehen habe. Ein Teil der Mittel sei durch die durch den Landtag gegebenen Verpflichtungsermächtigungen vorgebunden, aber tatsächlich sei die Nachfrage nicht so groß, wie man sich das vonseiten der Landesregierung gewünscht habe. Dies habe weniger mit der mangelnden Kooperation zwischen Behörden zu tun, als mehr damit, dass der Bund seinerseits immer wieder neue Maßnahmen auf den Markt bringe, die dann den Einsatz von BÜFAA nicht als sinnvoll erscheinen ließen. Es gebe aber weitere Zielgruppen, die einer besonderen Betrachtung bedürften, zum Beispiel die Zielgruppe Frauen, die mit Blick auf die Integration und kulturelle Einbindung besonders in den Fokus der Landesregierung rücken sollten.

Abg. Dr. Garg interessiert beziehungsweise auf Seite 166 des Fragenkatalogs, wie dynamisch die Programme zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt bisher ausgelegt seien. Die ausformulierten Antworten auf die Frage des Abg. Vogt zeigten das grundsätzliche Problem, dass man zum Teil nicht genau wisse, mit welchen Qualifikationen man es zu tun habe. Der Bund lege immer neue Programme auf. Bei BÜFAA habe man sich mehr Teilnehmer versprochen, als derzeit in dem Programm untergebracht seien. Das heiße auf der anderen Seite, dass es eine Wechselbeziehung zwischen der Qualifikation und den Programmstrukturen geben müsse. Das bedeute auch, dass diese Programme dynamisch ausgestaltet sein müssten. Ihm sei zudem nicht klar, wozu die vier neu geschaffenen Stellen bei der vorhandenen Programmstruktur dienen sollten.

Staatssekretär Dr. Nägele führt aus, dass BÜFAA nur begrenzt dynamisch sei. Die Ursache dessen liege darin, dass die Landesregierung die Unternehmen als Partner brauche. Es sei allerdings festzustellen, dass die Bereitschaft von Unternehmen, Menschen aufzunehmen und

zu beschäftigen, abhängig von Bleibeperspektive und Qualifikation unterschiedlich ausgeprägt sei. BÜFAA selbst sei nur begrenzt flexibel. Zur Nachsteuerung und Anpassung des Programms seien die vier Personen, für die jetzt Stellen geschaffen worden seien, notwendig. Diese würden in den Referaten ESF-Abwicklung und Arbeitsmarkt eingesetzt und seien befristet. Dem Parlament werde zu gegebener Zeit eine Evaluierung vorgelegt, aus der hervorgehe, inwieweit sich diese Personalausstattung bewährt habe.

Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Garg zur mangelnden Flexibilität von BÜFAA selbst unterstreicht Staatssekretär Dr. Nägele, dass man wie andere Häuser auch im Laufe des vergangenen Jahres bemüht gewesen sei, sehr flexibel auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. Er weist darauf hin, dass die Situation des vergangenen Jahres zu einer großen Belastung für die Verwaltung geführt habe, aus diesem Grund müsse man jetzt die für die Bewältigung der Aufgaben notwendige Ausstattung schaffen. Es gehe darum, eine haushaltsrechtlich saubere und flexible Antwort auf die aktuellen Fragen zu geben. Aus dem Innenministerium gebe es Untersuchungen, die die Veränderung der Zusammensetzung des Personenkreises der Geflüchteten deutlich mache. Der zeitlich begrenzte Aufwuchs personeller Kapazität sei aus seiner Sicht unausweichlich.

Abg. Dr. Garg pflichtet Staatssekretär Dr. Nägele bei, dass BÜFAA Flexibilität und Dynamisierung benötige, um zu einem Erfolg zu werden.

Kapitel 06 01 - Allgemeines

Zu Kapitel 06 01 - Allgemeines - interessiert Abg. Dr. Garg zu Titel 526 99 - Seite 6 des Fragenkatalogs - Kosten für Sachverständige und Gutachten -, was unter der Maßnahme Konzeption der Schilder A 7 konkret zu verstehen sei und warum dafür ein externer Dienstleister habe beauftragt werden müssen. Ihn interessiert des Weiteren zur Begleitung Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0, wann die entsprechende Veranstaltung stattfindet und warum die Begleitung der Veranstaltung das Zehnfache koste.

Zur Konzeption der Schilder an der A 7 legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass diese Teil der werblichen Maßnahmen sei, um die Baustelle für die Menschen verständlich zu gestalten. Dies sei nicht Teil des ÖPP-Vertrags. Für die Gestaltung von Schildern gebe es keinen Sachverstand im Ministerium, aus diesem Grund habe man sich für die externe Vergabe entschieden.

Zur Begleitung Mittelstandskompetenzzentrum 4.0 legt er dar, dass es sich dabei nicht um eine Veranstaltung handle. Der Bund habe mit dem Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 Kompe-

tenzzentren bundesweit ausgerufen. In der ersten Vergaberunde habe Schleswig-Holstein, das sich gemeinsam mit Hamburg beworben habe, keinen Zuschlag erhalten, in der zweiten Runde seien die Aussichten wesentlich besser. Man unterstütze den Antragsteller, die Fachhochschule Lübeck, ein Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 speziell für die schleswig-holsteinischen Verhältnisse zugeschnitten aufzubauen.

Kapitel 06 12 - Wirtschaft

Zu Kapitel 06 12 - Wirtschaft - interessiert Abg. Andresen beziehend auf Seite 41 im Fragenkatalog, welches die neuen Länder seien, die in den Außenwirtschaftsbeziehungen zukünftig eine größere Rolle einnehmen sollten, nachdem Russland und Brasilien diese Funktion nicht mehr hätten.

Staatssekretär Dr. Nägele führt aus, dass sich schleswig-holsteinische Unternehmen aus Russland und Brasilien zurückzögen, da sich diese Märkte abschotteten. In Antwort auf Frage 3 lasse sich entnehmen, dass es in Indien und Indonesien erste Ansätze gebe, auch andere Zielmärkte würden in den Fokus genommen.

Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Garg führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass die neue WTSH-Strategie noch im Dezember im Aufsichtsgremium verhandelt werde und diese anschließend durch die WTSH dem Hohen Hause vorgestellt werden könne.

Zu den Seiten 45 bis 48 im Fragenkatalog weist Abg. Koch darauf hin, dass die Frage danach, wer jeweils gefördert worden sei, in der Antwort der Landesregierung nicht angelegt worden sei. Ihm erschließe sich nicht, wieso eine Antwort auf die Frage, wer gefördert worden sei, nicht aus den Antworten der Landesregierung hervorgehe.

Staatssekretär Dr. Nägele legt dar, dass die touristischen Projekte bei der TASH gefördert worden seien, die Technologie-Scouting-Projekte bei der WTSH, die Foodregion-Branchennetzwerke seien eine eigenständige Einheit. Das Clustermanagement Digitale Wirtschaft Schleswig-Holstein sei bei der WTSH angesiedelt, das Regionalmanagement der Industrieenergie Dithmarschen werde von der EGEB verwaltet, das Kompetenznetzwerk Ernährungswissenschaft sei von der WTSH geführt worden.

Zu Kapitel 06 13 - Technologie, Tourismus und Verbraucherschutz - gibt es keine Nachfragen.

Kapitel 06 14 - Verkehrswesen

Zu Kapitel 06 14 - Verkehrswesen - interessiert Abg. Dr. Garg beziehungsweise auf Seite 81 im Fragenkatalog - Titel 633 01, Verein fahrradfreundliche Kommunen -, wann mit der Gründung des Vereins zu rechnen sei.

Staatssekretär Dr. Nägele erläutert kurz die Entwicklung der Haushaltsansätze. Der Verein sei in Gründung, man könne aber heute noch nicht absehen, wann es tatsächlich zur Gründung des Vereins komme, aus Sicht der Landesregierung ein wesentlicher Baustein sei, um das Fahrradland Schleswig-Holstein weiter zu stärken. Dabei sei Schleswig-Holstein als Land nicht Gründungsmitglied des Vereins, es habe jedoch zuvor eine Koordinierung für Fahrradverkehr gegeben, die im Ministerium angesiedelt gewesen sei. Eine finanzielle Unterstützung für den Verein gebe es nur als Anschubfinanzierung und nicht als institutionelle Finanzierung. Wenn die Zahlen der Mitglieder ausreichend hoch sei, könne sich der Verein selbst tragen; für den Beginn gebe eine Unterstützung durch das Ministerium.

Bezugnehmend auf Seiten 106 und 107 des Fragenkatalogs interessiert Abg. Koch vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren jeweils ausgegebenen Mittel, ob Staatssekretär Dr. Nägele den Haushaltsansatz von 5 Millionen € fachlich für begründet halte oder ob er Ausdruck politischer Willensbildung sei.

Staatssekretär Dr. Nägele legt dar, dass der Radwegebau auf kommunaler Ebene stärker sei, als in diesem Titel deutlich werde, das ließe sich auch aus den Antworten auf die folgenden Fragen entnehmen. Bei kommunalen Straßen sei häufig eine sinnvolle Abgrenzung des Radwegbaus vom Straßenbau nicht möglich. Mit der Ausweisung des Titels sei ein klares Zeichen gesetzt worden, im Jahr 2016 würden über 4 Millionen € für den Radwegebau bereitgestellt. Der Kurs sei richtig.

Auf eine Nachfrage des Abg. Koch zu den jeweiligen Ausgaberesten erläutert Staatssekretär Dr. Nägele, dass diese im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit in anderen GVFG-Bereichen eingesetzt worden seien.

Abg. Koch weist darauf hin, dass in den Vorjahren der nicht ausgeschöpfte Haushaltsansatz für Radwegemittel nicht erkennbar für ÖPNV und Straßenbau eingesetzt worden seien. Er stellt die Frage in den Raum, ob mit der Vorfestlegung auf Radwegebau nicht eine Blockierung von Mitteln eingetreten sei, die dann für andere Maßnahmen nicht mehr zur Verfügung gestanden hätten. - Staatssekretär Dr. Nägele legt dar, dass man überjährig plane und denke. Insofern sei der Blick auf ein Haushaltsjahr nur begrenzt aussagekräftig. Bis zum Auslaufen

der GVFG-Förderung werde die Landesregierung alle Mittel gebunden haben. Die Kommunen ließen sich auch von dem Einzeltitel für Radwegebau nicht davon abhalten, generell Mittel zu beantragen. Die Zahl der Anträge der Kommunen sei höher als die Möglichkeiten der Bewilligung.

Abg. Vogt nimmt Bezug auf die von der Landesregierung ausgegebene Devise Erhalt vor Neubau, die sich aus seiner Sicht in diesem Bereich des Straßenbaus nicht finden lasse, da Radwege neu gebaut würden, obwohl es Sanierungsbedarf an anderen Straßen gebe. - Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass es um den Erhalt vor Neubau von Landes- und Bundesstraßen gegangen sei. Es gebe Lücken im Radwegenetz, die unter anderem mit Blick auf die touristische Attraktivität geschlossen werden sollten. Diese Entscheidungen bänden keine Finanzmittel wie der Neubau einer Straße, es handle sich um eine überschaubare Investition mit erheblicher Netzwirkung. Dass Kommunen und Kreise Radwege neu bauten, sei aus Sicht des Landes unproblematisch, es gebe kein Neubauprogramm des Landes für Landesstraßen, bei Bundesstraßen gebe es ein eigenes Programm des Bundes, mit dem der Neubau von Radwegen gefördert werden solle. Dazu habe es bereits Gespräche über die Nutzung des Programms durch das Land gegeben.

Bezugnehmend auf Seite 89 des Fragenkatalogs - NAH.SH - interessiert Abg. Vogt, wie viel Geld insgesamt an die NAH.SH fließe, was aus dem Haushaltsentwurf nicht hervorgehe. Auch die Frage, wofür genau diese Gelder von der NAH.SH verwendet würden, interessiere ihn. - Staatssekretär Dr. Nägele sagt eine schriftliche Beantwortung zu ([Umdruck 18/6744](#)).

Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Garg zu seiner Frage auf Seite 110 des Fragenkatalogs - Zuweisung aus Bundesmitteln für den kommunalen Radwegebau - sagt Staatssekretär Dr. Nägele zu, die Antwort zum derzeitigen Istwert schriftlich zu beantworten ([Umdruck 18/6744](#)).

Auch zu Fragenkatalogseite 96 - Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen für den Schienenpersonalverkehr und SPNV-Ersatzleistungen auf der Straße -, zu der Abg. Vogt mögliche Einsparungen des Landes durch Streiks thematisiert, sagt Staatssekretär Dr. Nägele zu, die Summe nachzureichen ([Umdruck 18/6744](#)).

Zu Kapitel 12 06 - Hochbaumaßnahmen - liegen keine Fragen vor. Auch zu Kapitel 16 06 - IMPULS -, zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz liegen keine Fragen vor.

(Unterbrechung der Sitzung von 11:35 bis 13:05 Uhr)

Einzelplan 04 - Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

[Umdrucke 18/6585](#), [18/6592](#), [18/6596](#)

Einleitend trägt Herr Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, die in Anlage 2 dieser Niederschrift angefügten Kernpunkte des Einzelplans 04 zum Entwurf des Haushalts 2017 vor.

Allgemeine Aussprache

Auf Nachfragen von Abg. Koch zu den Schwerpunkten der Änderungen in der angekündigten Nachschiebeliste aus dem Bereich des Einzelplans 04 bestätigt Minister Studt, dass sich die größten Änderungen voraussichtlich durch die Anpassung an die aktuellen Flüchtlingszahlen ergeben werden. Er gehe im Moment davon aus, dass die vom Bundesamt prognostizierten Zahlen für das Jahr 2017 für die gesamte Bundesrepublik Deutschland von 600.000 auf etwa 400.000 reduziert werden.

Kapitel 04 01 - Ministerium

Zu einer Nachfrage von Abg. Schmidt zu Titel 529 02 - Zur Verfügung des Ministers für Kooperationsmaßnahmen im Ostseeraum, insbesondere in osteuropäische Ländern - erklärt Minister Studt, die Überprüfung der Landesregierung anhand der aktuellen Entwicklungen, inwieweit Anpassungen notwendig seien, sei noch nicht abgeschlossen.

Die zur schriftlichen Antwort zur Frage von Abg. Dr. Breyer zu Titel 121 02 - Gewinne aus der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen -, Seite 4 in [Umdruck 18/6585](#), ergänzende Frage, ob denn Gewinne erwartet würden, die nicht ausgeschüttet würden, wird vom Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten verneint.

Zur Beantwortung der Frage von Abg. Dr. Breyer zu Titel 812 64 - Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Gegenständen -, ob es zutreffe, dass für die Ausrüstung der zusätzlich eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Verfassungsschutz 63.000 € aufgewendet werden sollten, verweist Minister Studt auf das Parlamentarische Kontrollgremium.

Kapitel 04 02 - Sport

Im Zusammenhang mit Fragen von Abg. Koch zum Titel 686 03 - Förderung des Spitzensportstandortes Kiel - führt Minister Studt aus, Spitzensportstandort für den Bereich Segeln sei Kiel. Daneben gebe es Spitzensportstandorte in Lübeck und Ratzeburg; die Förderungen

im Land hierzu fänden sich in anderen Haushaltsansätzen wieder. Er nennt hier den Titel 883 01 - Zuschüsse für die Sanierung kommunaler Sportstätten unter Berücksichtigung der Sanierung von Schwimmsportstätten. Der Schwerpunkt der Förderung für den Spitzenstandort Kiel habe 2016 in der Unterstützung bei der Akquirierung von Wettbewerben bestanden. Im nächsten Jahr werde der Schwerpunkt der Förderung auf der Infrastruktur, der Ertüchtigung der Segelsportanlagen, liegen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Beantwortung diverser parlamentarischer Anfragen. Die spezielle Förderung des Spitzenstandortes Kiel für die Jahre 2016 und 2017 sei sozusagen ein Überbleibsel aus der angestrebten Olympiabewerbung Hamburgs und Schleswig-Holstein, die bekanntermaßen an dem Votum der Hamburger Bürgerinnen und Bürger gescheitert sei. Die Landesregierung habe dennoch an ihren Zusagen bei den geplanten Fördermaßnahmen für diese beiden Jahre festgehalten.

Kapitel 04 07 - Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Abg. Dr. Klug fragt, warum beim Titel 684 02 - Förderung von Sprach- und Erstorientierung - der Mittelablauf in diesem Jahr so gering sei, ob dies mit der rückläufigen Zahl der Flüchtlinge zusammenhänge. Er möchte weiter wissen, ob für 2017 aus Sicht des Ministeriums der Ansatz in Höhe von 4 Millionen € benötigt werde und ob mit diesem Ansatz gewährleistet sei, dass alle Flüchtlinge in Fördermaßnahmen zur Sprach- und Erstorientierung aufgenommen werden könnten sowie, wenn dieses Angebot gewährt werde, dass sie dann verbindlich auch daran teilnähmen. - Minister Studt erklärt, der relativ niedrige Ausgabenstand im Jahr 2016 sei damit zu erklären, dass es im Jahresverlauf 2015 zu wechselnden Systemen im Bereich der Sprach- und Erstorientierungsförderung gekommen sei. Nachdem zunächst das Land versucht habe, allen ankommenden Flüchtlingen einen Starterkurs anzubieten, seien später die vom Bund angebotenen Integrationskurse und der Zugangskreis zu ihnen erweitert worden. Er sagt zu, die übrigen Fragen schriftlich zu beantworten.

Abg. Koch möchte wissen, wie die Landesregierung gedenke, mit den zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 68 Millionen € im Zusammenhang mit den veränderten Prognosezahlen von Flüchtlingen umzugehen. - Minister Studt antwortet, die Mittel, die der Bund den Ländern und Kommunen zuweise, sollten auch genau dort zum Einsatz kommen. Er gehe davon aus, dass diese auf der Einnahmenseite verbucht und mit deutlich höheren Beträgen bei den Ausgaben verrechnet würden, die durch die entsprechend hinterlegten Zahlen der Flüchtlinge sich ebenfalls verändert hätten. Derzeit fänden Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden über die Anpassung der Vereinbarung zwischen Land und Kommunen in dieser Frage statt. Spätestens zur Nachschiebeliste werde es dazu detailliertere Zahlen geben.

Minister Studt sagt eine ergänzende schriftliche Beantwortung der Frage der FDP zum Titel 684 15 - Migrationsberatung - im Hinblick darauf, welche Dienstleister, Unternehmen und Institutionen aus diesem Titel finanziert würden, zu.

Kapitel 12 04 - Hochbaumaßnahmen

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, nimmt Bezug auf die letzte Prüfung des Landesrechnungshofs, bei der festgestellt worden sei, dass der Titel Hochbau nur etwa ein Drittel der erforderlichen Kosten enthalte und damit relativ notleidend sei. Sie fragt, ob vonseiten des Ministeriums hier eine Änderung angestrebt werde.

Ein Mitarbeiter des Ministeriums führt dazu aus, man habe die Prüfung des Landesrechnungshofs zur Kenntnis genommen und eine Aufstockung der Mittel über die Nachschiebelis-

te vorgesehen. In diesem Zusammenhang sei geplant, die Berechnungsklausel noch einmal neu zu definieren, dies befinde sich hausintern in der Abstimmung.

Die Nachfrage von Abg. Dr. Breyer, ob es entsprechend zum Bereich der Straßen auch eine Art Zustandsbewertung der Gebäude des Landes gebe, beantwortet er dahingehend, es gebe sogenannte Bauprogramme, die auf der Grundlage regelmäßiger Begehungen der Gebäude aufgestellt würden. Diese enthielten auch eine Prioritätensetzung. Er kündigt an, dem Ausschuss dazu eine entsprechende schriftliche Vorlage zukommen zulassen, die dann auch eine Auflistung der Finanzmittel - eine Bitte des Vorsitzenden, Abg. Rother - enthalte.

Auf Nachfrage von Abg. Koch bestätigt das Ministerium, dass über die Nachschiebeliste im Kapitel 12 04 auch eine Anpassung in den die Flüchtlingsunterkünfte betreffenden Haushaltspositionen vorgenommen werden solle.

Stellenplan

Abg. Dr. Breyer interessiert im Zusammenhang mit dem Stellenplan, ob die Anzahl der vorgesehenen Anwärterstellen bei der Polizei im nächsten Jahr um 53 reduziert werden solle, also um die Zahl der Stellen, die in diesem Jahr bekanntermaßen über die vorgesehene Größenordnung hinaus vergeben worden seien. Außerdem möchte er wissen, wie mit den jetzt noch offenen Gerichtsverfahren der unterlegenen Bewerberinnen und Bewerber umgegangen werde, die Rechtsmittel gegen die Einstellungsentscheidungen eingelegt hätten. - Minister Studt erklärt, zur letzten Frage könne er nur auf die noch laufenden Gerichtsverfahren verweisen. Es sei zunächst abzuwarten, wie diese Verfahren ausgingen. Richtig sei aber, dass mit der Finanzministerin vereinbart worden sei, dass die Anwärterzahl im kommenden Jahr entsprechend um die Zahl reduziert werde, die zum Zeitpunkt der Nachschiebeliste über der für diese Jahr vorgesehenen Zahl der Anwärter liege, sodass man im Jahresschnitt bei 400 Stellen für die beiden Jahre liegen werde.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:40 bis 16:15 Uhr)

Einzelplan 15 - Landesverfassungsgericht

[Umdruck 18/6595](#)

Herr Dr. Flor, Präsident des Landesverfassungsgerichts, erläutert kurz den Haushaltsplan des Landesverfassungsgerichts inklusive der Antworten auf die beiden Fragen der PIRATEN, [Umdruck 18/6595](#) (Anlage 3).

Die Ausschussmitglieder stellen keine Nachfragen.

Einzelplan 09, Kapitel 12 09 und 16 09 - Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

[Umdrucke 18/6589](#), [18/6592](#), [18/6596](#)

Frau Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, führt in Einzelplan 09 ein (Anlage 4).

Auf eine Frage von Abg. Schmidt antwortet Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaeßer, nach der verpflichtenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs für Rechtsanwälte spätestens 2022 werde man auch die elektronische Gerichtsakte eingeführt haben.

Ministerin Spoorendonk verweist hinsichtlich der Digitalisierung der Justiz auf die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP zu den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Eine Frage von Abg. Koch beantwortet Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaeßer dahin, über Änderungen des Haushaltsplans im Wege der Nachschiebeliste werde das Kabinett zu gegebener Zeit entscheiden.

Abg. Schmidt bittet darum, die Mehrbedarfe bei Haushaltsstelle 09 02-511 01 - Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände - näher zu erläutern.

Zu Titel 09 03-533 07- Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte - bittet Abg. Dr. Klug, folgende Frage detaillierter zu beantworten: „Wie viele und welche Vorträge, Unterrichtseinheiten und Lehrgänge wurden 2015 und 2016 aus diesem Titel finanziert?“ Außerdem möchte er wissen, welche Angebote der schulischen Grundbildung nicht hätten durchgeführt werden können, wie viele Häftlinge davon betroffen seien und wie die Angebote der schulischen Grundbildung in Zukunft bedarfsgerecht weitergeführt würden.

Auf eine Frage von Abg. Sönnichsen zu Haushaltsstelle 09 44-681 61- Entschädigungsleistungen - erwidert Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaeßer, die archäologischen Grabungen setzten erst dann ein, wenn die Planfeststellung abgeschlossen sei und tatsächlich gebaut werde.

Auf eine Frage von Abg. Sönnichsen zu Haushaltsstelle 09 45-527 01 - Dienstreisen - antwortet Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaeßer, für das Projekt „Revision und Schnellerfassung der

einfachen Kulturdenkmäler“ werde es keinen weiteren Bedarf geben, weil das Projekt nach Auskunft des Landeskonservators Ende der Legislaturperiode abgeschlossen sein werde.

Der Staatssekretär bejaht eine Frage von Herrn Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, dass man bei der Filmförderung eine Erhöhung des Haushaltsansatzes vorgenommen habe.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Aufbau und Betrieb eines Digitalen Archivs Schleswig-Holstein

Vorlage des Kulturministeriums

[Umdruck 18/6552](#)

Einstimmig willigt der Finanzausschuss in den Beitritt zu den Länderverbünden ein, [Umdruck 18/6552](#).

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Dr. Breyer und Beer bitten darum, dass der Europaausschuss und der Landtag über den Antrag der PIRATEN „Investorenklagen verhindern, demokratisches Selbstbestimmungsrecht bewahren - Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA stoppen“, [Drucksache 18/4299](#) (neu), abstimmten, weil im Oktober über das Abkommen entschieden werde.

Abg. Poersch sieht keine Veranlassung, von der vorgesehenen Zeitplanung des Europaausschusses abzuweichen.

Abg. Lehnert, Vorsitzender des Europaausschusses, wird den Antrag auf die Tagesordnung der Europaausschusssitzung am 9. November 2016 setzen.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Rother, schließt die gemeinsame Sitzung um 17:15 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer